



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/182 - 9.8.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Kritik, die daneben ging	S. 1
Zum schwedisch-sowjetrussischen Notenwechsel	S. 3
Die Meinungsfreiheit und "Die Welt" R.D.P.	S. 5
Plumpe KP-Fälschung	S. 6

Unnötige Sorge

P.R. Ein Herr W. fragt in einer kleinen Broschüre die SPD mit gespielter Besorgtheit, was denn mit ihr geschehen sei? Er wird eingeführt mit dem Hinweis auf eine umfassende Legitimation "Bergarbeiter, (zuerst aufgeführt - merken Sie was?), Schriftsteller, Offizier, Journalist... War bei Dr. Adenauer so gut wie Niemöller, sprach halbe Nächte lang mit Dr. Schumacher so gut wie mit..." Bei Kurt Schumacher ist er einmal einen Nachmittag gewesen. Vergessen wird, daß er seinen Posten als Chefredakteur der "Braunschweiger Zeitung" aufgeben mußte, weil er seine Zugehörigkeit zur NSDAP verschwieg. Diese Zugehörigkeit soll ihm heute gewiß nicht mehr zum Vorwurf gemacht werden, aber eben jenes Verschweigen ist unschön, wenn man sich heute so forsch gibt. Die Angaben über seine Person sind also einigermaßen unzuverlässig und unvollständig. Seine Argumente sind es nicht minder.

Die SPD komme nicht vorwärts. Das liege vor allem daran, daß sie es nicht verstanden habe, "ihr eigenes politisches Bild draußen im Lande immer mehr vor das politische Bild der jetzigen Regierung zu rücken, bis das alte Bild fahl und schief wird, das neue aber klar und farbig dasteht. Zum Greifen nah". Stattdessen treibe die SPD eine sozusagen tägliche Opposition. Soweit Herr W.

Auf viele Fragen, die im Einzelnen gestellt werden, wird das Aktionsprogramm der SPD jetzt eine Antwort geben. Wer es ernsthaft will, kann daraus durchaus ein klares Bild sozialdemokratischer Vorstellungen von dem, was politisch notwendig ist, gewinnen. In der Außenpolitik z.B. wird die SPD einen Weg gehen, der es unmöglich macht, daß man in Deutschland eines Tages aufwacht und das Saargebiet endgültig mit Zustimmung einer deutschen Regierung aus dem deutschen Staatsverband entlassen ist; wird sie dafür sorgen, daß nicht eines Tages der Gestellungsbefehl abgegeben wird, ehe man sich die Augen munter gerieben hat; wird sie dafür kämpfen, daß der Begriff Europa nicht zur Tarnung der Vorherrschaftspläne anderer Staaten mißbraucht wird - um nur einiges herauszugreifen.

W.'s Polemik ist durchsetzt mit einigen Freundlichkeiten, die dem Ganzen den Eindruck der Objektivität geben sollen. Vor diesem hellen Hintergrund hebt sich, so meint der Verfasser offenbar, seine düstere Grundeinstellung umso wirkungsvoller ab. Er ist ein glatter, geschickter Schreiber. Nur gelegentlich gleitet er etwas aus. "Es ist richtig, mit den Sowjets zu sprechen, um zu erfahren, was sie bieten wollen. Es ist falsch, alles Stehen und Liegen zu lassen, wenn sie mal freundlich pfeifen". Niemand verlangt das. Gefordert wird nur, daß nicht bewußt durch überhastete militärische Maßnahmen erschwert wird, was ohnehin nicht leicht zu erreichen ist. Übrigens, was sollen wohl die Russen dafür "bieten", daß sie die von ihnen besetzte Zone freigeben? Ist das nicht - vielleicht gar nicht versehentlich - etwas zu viel verlangt? Muß nicht vielmehr die deutsche Politik alles vermeiden, was geeignet ist, das sowjetrussische Interesse an einem in Freiheit geeinten Deutschland erlahmen zu lassen?

Mitunter hebt sich der Vorhang vor dem Bilde, das sich der Autor in seinem Inneren wohl von der Demokratie macht, so, wenn er mit offenkundigem Behagen formalisiert:

"Und das ist jetzt eine wichtige Einsicht: Die Oppositionstechnik, die aus Weimar nach Bonn mitgebracht wurde, hat dem durchschnittlichen Mann in Westdeutschland das Bild gegeben, der Regierungsmann von heute sei eben der Lump von heute und der Oppositionsmann von heute sei genau nur der Lump von morgen. Und gut daran sei eigentlich nur, daß immer ein Lump auf den anderen acht habe und dieses Wechselspiel nenne sich halt Demokratie".

Auch fehlt an anderer Stelle nicht die Verdächtigung, die SPD sei bereit, die Oder-Neiße-Linie zu akzeptieren. Sie habe gefordert, die Verhandlungen mit den Besatzungsmächten abzubrechen, den Generalvertrag nicht zu vollenden, die Eingliederung in das westliche Europa in der Luft hängen zu lassen - "alles das, um mit den Sowjets über deren entfernt angedeuteten Vorschlag zu verhandeln, um ein Gesamtdeutschland ohne Ostpreußen und ohne die jetzt polnisch verwalteten Provinzen, ohne Bündnisse und moderne Rüstung zu gestatten". Das ist eine besonders pikante Infamie, indem das wahrscheinliche russische Ziel mit der angeblich sozialdemokratischen Absicht einfach identifiziert wird, nur weil die SPD verhandeln will.

W. stellt die durch nichts bewiesene suggestive Behauptung auf, in den vergangenen Jahren habe sich nicht die Regierung, sondern die Opposition abgemüht. Die Resultate der Nachwahlen zum Bundestag scheinen uns eine andere Sprache zu sprechen. Wir glauben, daß der Autor dieser kleinen Broschüre sich unnötige Sorgen um die SPD macht. Das Jahr 1953 wird die Dinge klären. Diese Sorgen wirken aber auch besonders dann wenig überzeugend, wenn man Grund zu der Annahme hat, daß die Finanzierung dieser und ähnlicher anderer Schriften des gleichen Verfassers sicher nicht ohne die freundliche Hilfe von regierungsnahen Stellen zustande gekommen ist.

Schweden bleibt fest

KRK-Stockholm

Der Abschluß der zwei schwedischen Flugzeuge über internationalem Gebiet in der Ostsee ist noch immer Gegenstand des Notenwechsels zwischen Schweden und der Sowjetunion. Die letzte schwedische Note, versehen mit genauen Karten, die die Flugroute und die Abschluß-Stellen zeigten, wurde, wie erwartet, von der Sowjetunion zurückgewiesen. Dies geschah unter Anwendung derselben Lügen, die schon die frühere Moskauer Antwort geziert hatten: Die schwedischen Flugzeuge hätten das Feuer eröffnet, seien der Aufforderung zur Landung nicht nachgekommen, obwohl sie russisches Hoheitsgebiet verletzt hätten usw. Der Vorschlag der schwedischen Regierung, den Vorfall durch eine internationale Kommission untersuchen zu lassen, wurde von der Sowjetunion abgelehnt. Die Sprache der schwedischen Regierung ist bestimmt, die Beweisführung der Note unwiderleglich.

Die schwedische Note weist darauf hin, daß die russischen Behauptungen nicht die Schilderung widerlegen können, die von der schwedischen Regierung über den Ablauf der Ereignisse gegeben wurde. Die Anklage, unbewaffnete schwedische Flugzeuge hätten das Feuer auf russische MIG-Jäger eröffnet, sei unsinnig und der Beachtung nicht wert. Hingegen sei es richtig, daß die russischen Behörden zu keiner Zeit auch nur das geringste getan haben, das Verschwinden des noch immer verschollenen schwedischen Flugzeuges zu erklären. Die Behauptung der russischen Note, die russischen Streitkräfte folgten bei der Abweisung fremder Flugzeuge internationalen Regeln, entspreche nicht der Wahrheit: Während z.B. die schwedischen Bestimmungen vorsehen, daß Wirkungfeuer nicht gegeben wird, wenn fremde Flugzeuge nach der Warnung den Kurs ändern und sich entfernen, scheinen die russischen Bestimmungen so zu lauten, daß fremde Flugzeuge beschossen werden, wenn sie abfliegen, anstatt zu landen. Der Zwang, auf russischen Flugplätzen zu landen, ist, wie aus der schwedischen Note hervorgeht, eine für verirrte fremde Flugzeuge angewandte russische Spezialität. Dabei ist zu bedenken, daß nach dem schwedischen Beweismaterial die beschossenen Flugzeuge

niemals über russischem Gebiete waren.

Die schwedische Note beschäftigt sich auch mit der Weigerung Moskaus, eine internationale Untersuchung der Zwischenfälle zuzulassen. Diese Weigerung wird damit begründet, "daß der Schutz der Grenzen der Sowjetunion gegen jede Kränkung die unveräußerliche Pflicht und das unveräußerliche Recht des Sowjetstaates ist". - Dieses Prinzip, so sagte die schwedische Note, gebe keine Erklärung für den Standpunkt - unter dem Vorwand, daß eine Grenzverletzung stattgefunden habe - die Mitwirkung an einer internationalen Untersuchung zu verweigern.

Eine gleichzeitig überreichte zweite Note stellt die Mitwirkung russischer diplomatischer Beamter an der Spionenaffäre Enbom fest. Russische Diplomaten haben nicht nur Aufträge an schwedische Spione erteilt, sondern für die Ausführung der Aufträge auch bezahlt. Die vom Gericht aufgedeckte Tätigkeit russischer Diplomaten widerspreche den internationalen Gepflogenheiten und dem internationalen Recht.

Mit Recht bemerkt "Morgon-Tidningen", das sonst sehr vorsichtige Blatt der schwedischen Regierung, daß die Sowjets eine unparteiische Untersuchung nicht nur nicht wollen, sondern sie auch fürchten, da das Ergebnis einer solchen Untersuchung die Sowjetunion belasten würde. Die Russen können mit dem Neinsagen fortsetzen, meint das Blatt; sie werden dadurch die letzte Möglichkeit zerstören, sich von dieser Affäre mit beibehaltener Ehre zurückzuziehen. - Es ist zu erwarten, daß Schweden die Angelegenheit vor die Vereinten Nationen bringen wird.

+ + +

L o g i k

"Sind Sie etwa gegen die Verteidigung Europas?"

Georges Bidault, der frühere französische Ministerpräsident, erzählt folgende Anekdote über die Deutschland-Verhandlungen in Paris:

"Man sollte den Deutschen Gewehre geben", sagte ein Amerikaner.

"Ja, aber nur alte", meinte ein Engländer.

"Und ohne Patronen", fügte ein Holländer hinzu.

"Und nur an Sonntagen", schlug ein Belgier vor.

"Ja, und nur in den Schaltjahren", erklärte ein Norweger.

"Und was sollen wir mit den Gewehren?" fragte ein Deutscher.

"Was?" erwiderte ein Franzose aufgebracht. "Sind Sie gegen die Verteidigung Europas?"

(Aus "Die Freiheit"-Mainz)

+ + +

Die Meinungsfreiheit und "Die Welt"

(sp) Am 23. Juni veröffentlichte "Die Welt" auf ihrer Meinungsseite folgenden Leserbrief zum Thema "Mitbestimmung":

"Privateigentum"

Es handelt sich doch eindeutig um einen Einbruch in die Sphäre des Privateigentums. Man will über das Eigentum anderer verfügen. Wo endet der Weg? Marx irrte sowohl in seiner Prognose der Verelendung als auch in seiner These vom "Ehernen Lohngesetz". Der Marxismus endete in Moskau und das Mitbestimmungsrecht endet in den volkseigenen Betrieben, in den volkseigenen Wohnungen, in "Eigentum ist Diebstahl". Es endet, konsequent gedacht, darin, daß einmal andere über die Groschen der kleinen Sparer verfügen, indem unter dem Motto "Mitbestimmung" bei Banken, Sparkassen usw. über fremde Gelder verfügt wird. Das gesamte Wirtschaftsleben der sogenannten freien Welt ist gekennzeichnet durch seine marxistische Ideologie. Man versucht den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, indem man dieser Ideologie immer mehr Konzessionen macht.
Karl Rose, Bochum"

Diese Zuschrift blieb nicht unwidersprochen. Ein Herr F., Godesberg, sandte der "Welt" nachstehenden Brief mit dem Ersuchen um Aufnahme an der gleichen Stelle.

"Mitbestimmung im Streit der Meinungen"

Sie veröffentlichen unter dieser Schlagzeile in Nr. 142 Ihrer Zeitung vom 23. Juni 1952 die Zuschrift eines Herrn Karl Rose, Bochum, in der sich der Einsender selbst bescheinigt, daß er zum Thema "Marxismus" keinerlei Sachkenntnis besitzt. Die These vom "Ehernen Lohngesetz" stammt nicht von Karl Marx, sondern er hat ihr - u.a. in der Polemik gegen Ferdinand Lassalle - heftig und begründet widersprochen. Der Satz "Eigentum ist Diebstahl" stammt von dem bereits 1797 enthaupteten Babeuf und wurde später als Titel einer Schrift von PROUDHON wieder aufgenommen. Das Hauptanliegen von Karl Marx war gerade, der ungezählten Masse von Eigentumslosen zu persönlichem Eigentum zu verhelfen. Man kann zum Mitbestimmungsrecht stehen, wie man will; es ist in jedem Falle eine Forderung unserer eigenen Zeit und hat mit "marxistischer Ideologie" - wie diese vom genannten Einsender mißverstanden wird - nichts zu tun. Ebensowenig "endet, konsequent gedacht", das Mitbestimmungsrecht "darin, daß einmal andere über die Groschen der kleinen Sparer verfügen". Nach zwei großen Inflationen sollte es sich endlich herumgesprochen haben, daß über die Groschen der kleinen Sparer von Leuten verfügt worden ist, die "konsequent gedacht", nicht nur gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, sondern auch gegen das der kleinen Sparer sind. Hier wird das Thema Mitbestimmung zum Thema Lastenausgleich.

Hochachtungsvoll
R.P."

Dieser Brief wurde nicht veröffentlicht. Die "Welt" schrieb Herrn P.:

"Sehr geehrter Herr P.

Leider ist es uns nicht möglich, Ihre Zeilen zu veröffentlichen, wie ursprünglich von uns beabsichtigt. Aus der Fülle der uns täglich zugehenden Leserstimmen kann bedauerlicherweise nur ein Bruchteil veröffentlicht werden, wofür wir Sie um Ihr Verständnis bitten. Wir danken Ihnen für das Interesse, das Sie unserer Arbeit entgegenbringen und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung
DIE WELT
Unabhängige Tageszeitung
Meinungsseite
(Hüster)"

X

Jede gute und vor allem sich unparteiisch nennende Zeitung sollte, so müßte man meinen, bei Veröffentlichung von offensichtlichen Unsinn und geradezu lächerlichen Behauptungen dankbar für deren Richtigstellung sein. In der "Welt" scheint dieser lobenswerte Grundsatz nicht zu herrschen. Die Berufung auf den Platzmangel ist gerade hier unangebracht. Hier trifft das Sprichwort etwas abgewandelt zu: Sage mir, mit wem Du es hältst und ich sage Dir wer Du bist.

+ + +

KP - "Forderungen" zum Aktionsprogramm der SPD

(sp) In diesen Tagen haben zahlreiche Redaktionen und Funktionäre der SPD eine kleine Broschüre "Forderungen" zum Aktionsprogramm der SPD erhalten. Vom "Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Partei", von "Genossen" und "vom sozialistischen Gruß" ist darin die Rede; kurzum, man gebärdet sich so, als wenn Mitglieder der SPD Diskussionsbeiträge zum Aktionsprogramm beisteuern wollten, in Wirklichkeit aber handelt es sich um die übliche kommunistische Anbiederungs- und damit Zersetzungstaktik.

Die heraushängenden kommunistischen Hemdzipfel sind dabei schon im Technischen nicht zu übersehen. Angeblich sollen sich Mannheimer SPD-Funktionäre versammelt haben, um die Forderungen zum Aktions-

Programm zu beschließen. Die Namen dieser Funktionäre, die es nicht gibt, werden wohlweislich verschwiegen, dafür wird aber mit Titeln nicht gegeizt, wobei sogar neben Kreisvorsitzenden der SPD, der Gewerkschaften und der "Falken" ein "Referent der SPD" vertreten ist. Die erwünschten Zuschriften auf dieses kommunistische Machwerk sind nicht etwa nach Mannheim, sondern an eine Postfachadresse nach Hamburg zu richten, und die Diktion des Machwerkes ist so, daß in jedem Satz das Ulbrichtsche sächsisch-russisch zu erkennen ist.

Der Inhalt der Broschüre ist damit schon genügend gekennzeichnet. Nach einigen Forderungen, die jedem Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sind, kommt der Pferdefuß der KP zum Vorschein. Alle Gegner der Adenauerschen Politik sollen sich verbünden "und wir haben keinen Grund, dabei auch vor einer Koordination gemeinsamer Gegenwartsaufgaben mit den Kommunisten zurückzuschrecken". Das ist der Kern des Ganzen, die "Aktionseinheit", um die man sich seit Jahren vergeblich bemüht, soll über das Aktionsprogramm hergestellt werden.

Nun, die Sozialdemokratie weiß genau, daß der Gegner rechts steht. Sie weiß aber auch, welche Wölfe im Schafspelz es sind, die sich zur Bekämpfung dieses Gegners anbieten. Mit ihnen gibt es keine Gemeinsamkeit, keine "Aktionsgemeinschaft" und keine "Forderungen zum Aktionsprogramm". Das Aktionsprogramm der SPD enthält längere Absätze, die sich mit dem Schicksal der noch heute in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befindlichen deutschen Brüder und Schwestern befassen und die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-"Friedensgrenze" beinhalten.

Die KP-"Forderungen" dazu wären für uns wesentlich interessanter, denn sie würden die jetzigen "Forderungen" noch eindeutiger unter die Devise stellen: Gut ist, was den Sowjets nützt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau